

SVP Klartext



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

September 2026

Asylminister Jans
beim Vertuschen
ertappt!

Seite 3



Freie Fahrt
für Kriminelle
durch EU-Verträge

Seite 7



Kein Vegan-Zwang
auf Kosten
unseres Gewerbes!

Seite 9



KRIEG ODER FRIEDEN?



Neutralität schützt die Schweiz – auch Sie!



AZB, 3001 Bern Post CH AG, SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach
Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint sechs Mal jährlich – 47'054 Expl.
[svp.ch – klartext@svp.ch](mailto:svp.ch-klartext@svp.ch) – September 2026
Gestaltung Klartext: GOAL AG, Bildmaterial teilweise KI-generiert.



Asyl-Invasion und EU-Unterwerfungsvertrag

Ob französische Diebesbanden oder illegale Asylmigranten: Der zuständige Justizminister Jans macht weiterhin nichts. Er weibelt lieber für den EU-Unterwerfungsvertrag.

Die Bilder waren erschreckend. Über 70'000 Marokkaner stürmten die spanische Stadt Ceuta. Hauptsächlich junge Männer. Mit Asyl oder Flucht hatte diese Invasion nichts zu tun, auch wenn gewisse Medien es so darzustellen versuchten.

SP-Parteipräsident Wermuth forderte «Solidarität» mit Marokko und den «Migranten». Wie wäre es mal mit Solidarität für die eigene Bevölkerung? Wermuth und seine Partei wollen die Schleusen weiter öffnen für Asylmigranten aus der ganzen Welt. Das heisst mehr Probleme, mehr Kriminalität und Milliardenkosten. Auf der gleichen Linie liegt Justizminister Beat Jans: Er will weder unsere Grenzen schützen noch das Asylchaos stoppen.

Auch die grassierende Kriminalitätswelle aus Frankreich ist dem zuständigen SP-Bundesrat offenbar egal. Es finden regelrechte Raubzüge in die Schweiz statt. Waffengeschäfte werden überfallen, Garagen ausgeräumt und Leute in ihren Woh-

nungen ausgeraubt. Die Mehrheit der Täter sind Nordafrikaner mit französischem Pass.

Jeder Justizminister mit einem Funken Verantwortung würde Massnahmen ergreifen und den Grenzschutz erhöhen. Bundesrat Jans gehört nicht dazu. Wir Schweizerinnen und Schweizer zahlen den Preis.

Bald ist Herbstsession. Dann werden auch die europapolitischen Weichen gestellt. **Die EU-Bundesräte Cassis (FDP) und Jans (SP) wollen keine obligatorische Volksabstimmung.** Das Ständemehr soll ausgehebelt werden. Das Motiv ist klar: Die Befürworter wollen den EU-Unterwerfungsvertrag um jeden Preis und sabotieren deshalb unsere demokratischen Volksrechte.

Nur die SVP setzt sich kompromisslos für unsere Demokratie und Selbstbestim-

mung ein. Wir werden gefordert sein. **Notfalls müssen wir gegen jedes einzelne EU-Abkommen Unterschriften sammeln, damit die Schweizer Bevölkerung abstimmen kann.** Wir brauchen für jedes Referendum 50'000 Unterschriften in nur hundert Tagen.

Bitte scannt den Code und tragt euch schon jetzt als Unterstützer ein:



Marcel Dettling

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



Asyl-Chaos: Bundesrat Jans, sagen Sie endlich die ganze Wahrheit!

SP-Bundesrat Jans kannte die Zahlen – und schaute weg! Auf medialen Druck muss er nun zugeben: Mehr als 80 % der Asilmigranten aus dem Maghreb sind kriminell. Wer da noch wegschaut, hat nichts begriffen. Es braucht dringend eine Asyl-Kehrtwende.



Von Pascal Schmid,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Selbst SP-Bundesrat Beat Jans kann es nicht mehr länger leugnen: **Über 80 % der Asilmigranten aus dem Maghreb sind kriminell!** Dies belegen Zahlen von Jans' Staatssekretariat für Migration (SEM).

Damit wird bestätigt, was die SVP seit Jahren sagt: Unser Asylsystem wird nach Strich und Faden missbraucht. **Kriminelle Asilmigranten** haben in der Schweiz nichts verloren! Sie gehören **ab ins Gefängnis, ab zum Flughafen, ab nach Hause!**

Es vergeht kein Tag ohne Gewalt- und Sexualdelikte, Einbrüche und Diebstähle. **Jede vierte Straftat geht auf das Konto von Asilmigranten und Illegalen:** Wir haben jährlich Tausende von Opfern, die wir ohne Asilmigration nicht hätten!

Was die Sache noch schlimmer macht: **Die Schock-Zahlen sind dem SEM und Bundesrat Jans längst bekannt.** Dennoch wurden sie unter Verschluss gehalten. Gleichzeitig erzählt er uns, die Migration sei kein Sicherheitsrisiko ...

Mit seiner **Larifari-Politik gefährdet Realitäts-Verweigerer Jans unsere Sicherheit!**

Eine Blackbox sind auch die explodierenden Asylkosten. Beim Bund sind es bereits 4 Milliarden Franken. Vor fünf Jahren waren es noch 1.5 Milliarden. Mit den Kosten der Gemeinden, Kantone und den Gesundheits- und Kriminalitätskosten dürften es gegen 10 Milliarden sein. **Auch dazu gibt es keine Zahlen!**

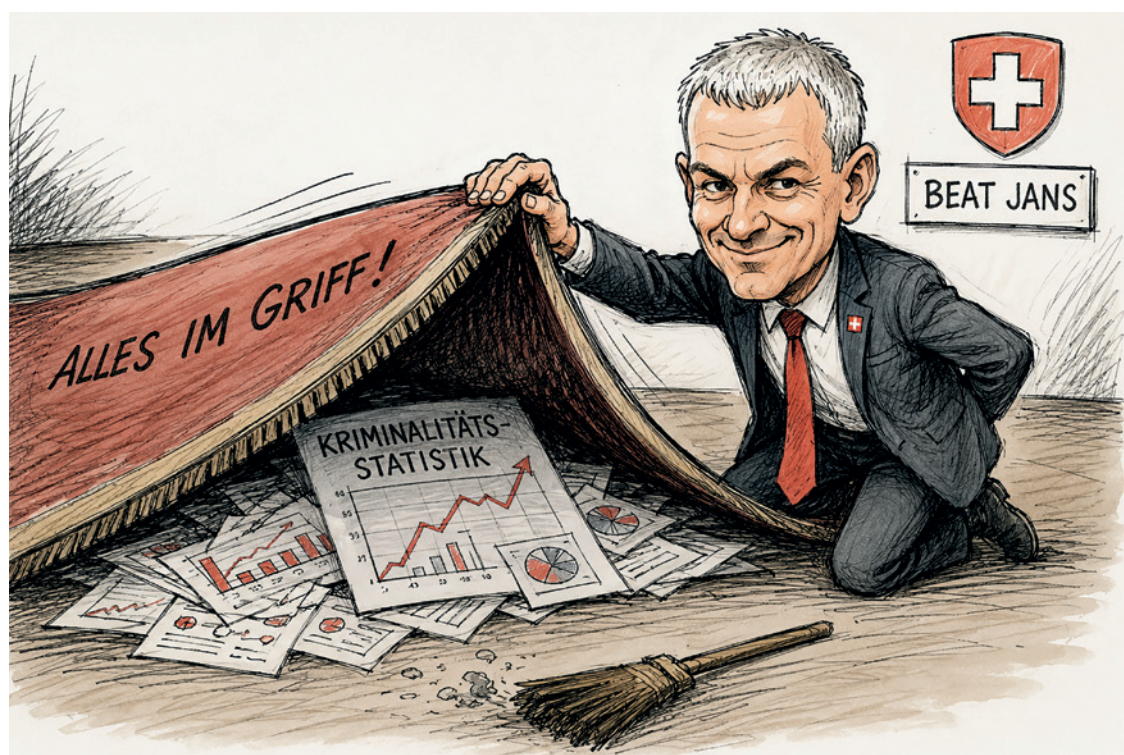
Herr Bundesrat Jans, legen Sie endlich die ganze Wahrheit über die Asyl-Missstände auf den Tisch! Wer die Probleme verharmlost, beschönigt und vertuscht, macht sich mitverantwortlich.

Die Lösungen für die immer schlimmeren Probleme liegen mit 36 angenomme-

nen Asyl-Vorstössen bei Bundesrat Jans auf dem Tisch. Er muss sie nur umsetzen!

Wir brauchen **sofortige Grenzkontrollen und einen Asyl-Stopp an der Grenze.** Die SVP wird in der Herbstsession neue Asyl-Vorstösse einreichen. **FDP und Mitte** haben vor der Abstimmung über die Nachhaltigkeits-Initiative versprochen, die Asyl-Zuwanderung senken zu wollen. **Nun müssen sie endlich liefern!**

« Mit seiner Larifari-Politik gefährdet Realitäts-Verweigerer Jans unsere Sicherheit! »



Asyl-Chaos: Der zuständige Bundesrat Jans vertuscht und redet die Probleme klein.

Deshalb jetzt die Grenzschutz-Initiative unterstützen: grenzschutzinitiative.ch/mitmachen

Neutralität: Fakten statt Behauptungen

Die Schweizer Neutralität steht im Zentrum der politischen Debatte. Viele Einwände gegen die Neutralitäts-Initiative klingen verständlich. Doch wer genauer hinschaut, erkennt parteipolitische Sprüche statt Fakten. Die Neutralität garantiert unsere Sicherheit.



Von Walter Wobmann,
alt Nationalrat und
Präsident Komitee
Neutralitätsinitiative,
Gretzenbach (SO)

1. «Neutralität ist veraltet»

Im Gegenteil. Gerade wenn sich die grossen Mächte gegenüberstehen, braucht es **Länder, die mit allen reden können**. Für ein kleines Land wie die Schweiz ist Neutralität kein Relikt aus der Mottenkiste. Sie ist ein Schutz und ein Weg, unabhängig zu bleiben.

2. «Neutralität hilft Putin»

Nein. Neutralität bedeutet nicht Unterstützung für Mächtige. **Die Schweiz kämpft weder für Putin noch für andere Grossmächte**. Gerade weil sie nicht Partei ergreift, kann sie vermitteln und Brücken bauen. Und den Schwachen helfen. Wer Partei ergreift, verliert diese Möglichkeit.

3. «Neutral sein ist feige»

Das Gegenteil ist richtig. Die bewaffnete Neutralität bedingt die Fähigkeit, uns im Ernstfall selbst verteidigen zu können. **Neutral zu sein, erfordert aussenpolitischen Mut**. Feige wäre es, sich unter fremdem Kommando in fremde Kriege hineinziehen zu lassen. **Unsere erste Pflicht gilt der Sicherheit der Schweiz**.

4. «Neutralität isoliert die Schweiz»

Die Schweiz gehört zu den offensten Ländern der Welt. Wir handeln mit allen, pflegen Beziehungen zu allen und helfen Menschen in Not. **Neutralität öffnet Türen – sie schliesst keine**. Wer sich dagegen einem Machtblock anschliesst, gibt seine Freiheit aus der Hand.

5. «Neutralität ist egoistisch»

Nein. Neutralität schützt unsere Bevölkerung, unsere Wirtschaft und unsere Unabhängigkeit. Das ist der Auftrag. Und **ein unabhängiges Land kann anderen besser helfen** – mit Welthandel, Vermittlung, Guten Diensten und humanitärer Hilfe.

6. «Die Initiative fesselt den Bundesrat»

Ja, sie setzt dem Bundesrat klare Grenzen. Genau das ist gewollt. Denn die Grundsätze der Schweizer Neutralität dürfen nicht bei jedem Regierungswechsel neu ausgelegt werden. **Was für unser Land wichtig ist, gehört in die Verfassung. Klare Regeln schaffen Sicherheit und Vertrauen**.

Fazit: Die Schweizer Neutralität ist weder feige, noch veraltet, noch egoistisch, noch pro-russisch. Sie schützt unsere Unabhängigkeit, bewahrt unseren Spielraum und macht uns frei.

Neutralität ist kein Relikt der Vergangenheit.

Sie ist ein Teil der Schweizer Stärke – und deshalb gehört sie endlich in unsere Verfassung.

Deshalb:

JA am 27. September zur Neutralitätsinitiative.



Wer an der Neutralität zerrt, gefährdet genau das, was uns schützt.

Neutralität schafft Vertrauen – und Frieden

Was hat die kleine Schweiz, was selbst Grossmächte nicht haben? Vertrauen. Wenn Kriege beginnen und Gespräche verstummen, braucht die Welt Staaten, die Türen offenhalten können.



Vertrauen ist die stille Stärke der Schweiz und ihr wertvollstes Kapital.



Von Lukas Reimann,
Nationalrat,
Wil (SG)

In einer glaubwürdigen Neutralität liegt eine der grössten Stärken unseres Landes. Sie ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern ein **strategischer Vorteil für die Zukunft**. Die Schweiz hat sich diese besondere Rolle über Generationen erarbeitet. Das internationale Genf, unsere guten Dienste, Schutzmandate und Friedensgespräche geben unserem Land ein Gewicht, das weit über seine Grösse hinausgeht. Auch das **unabhängige und neutrale IKRK** steht von Genf aus weltweit für humanitäres Engagement.

Das wichtigste Kapital dabei ist Vertrauen. Wer vermitteln will, muss mit allen Seiten sprechen können – gerade dann, wenn andere nicht mehr miteinander reden. **Deshalb ist die «kooperative Neutralität» von Bundesrat Cassis falsch.** Je stärker sich die Schweiz politisch einem Machtblock annähert, desto schwieriger wird es, von der anderen Seite als glaubwürdige Vermittlerin wahrgenommen zu werden. **Neutralität funktioniert nicht à la carte.** Entscheidend ist nicht nur, ob wir uns selbst für neutral halten, sondern ob uns auch andere als neutral wahrnehmen.

Neutralität bedeutet dabei weder Gleichgültigkeit noch Wegschauen. **Die Schweiz soll Verletzungen des Völkerrechts klar benennen, humanitäre Hilfe leisten und ihre Werte vertreten. Aber sie muss gleichzeitig die Fähig-**

keit bewahren, mit allen Seiten zu sprechen.

Je gespaltenere die Welt wird, desto wertvoller wird diese Rolle. Andere Staaten können Partei ergreifen. Die Schweiz kann etwas tun, das vielleicht wichtiger ist: Gesprächskanäle offenhalten und dazu beitragen, dass irgendwann wieder miteinander gesprochen wird.

Neutralität ist kein Zeichen von Schwäche. **Neutralität schafft Vertrauen – und Vertrauen schafft die Möglichkeit für Frieden.**

Am 27. September
JA zur Neutralitätsinitiative,
denn diese bewährte
Schweizer Stärke dürfen wir
nicht aufs Spiel setzen.

Deshalb sage ich JA zur Neutralitäts-Initiative!



Med. pract.
Jann Fritz Bangerter
Bataillonsarzt,
Wengi bei Büren (BE)

« Als Vater und im Militär setze ich mich für Freiheit und Sicherheit ein. Damit meine zwei Buben nicht auf fremden Schlachtfeldern ums Leben kommen. »



Brina Gfeller
Data Engineer,
Buchholterberg (BE)

« Gerade in einer Welt voller Konflikte braucht es ein Land, das nicht selbst zur Konfliktpartei wird. »



Stephanie Gartenmann
Grossrätin und Präsidentin Jugendkomitee Neutralitäts-Initiative,
Lauterbrunnen (BE)

« Unsere Vorfahren haben uns die Neutralität übergeben. Ein Erbe des Friedens, der Unabhängigkeit und der Weisheit. Jetzt liegt es an uns, es zu bewahren. »



Marlon Schick
Pflegefachmann,
Riehen (BS)

« Die Neutralität ist ein zentraler Bestandteil unserer Identität. Mit einem Ja zur Neutralitäts-Initiative sorgen wir dafür, dass die Schweiz auch in Zukunft unabhängig bleibt und glaubwürdig als Vermittlerin für Frieden auftreten kann. »



NEW TOYOTA RAV4 4x4



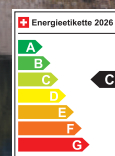
ALS HYBRID UND PLUG-IN HYBRID ERHÄLTlich.

RAV4 Premium AWD PHEV, 309 PS, 1,6 l/100 km, 13,4 kWh/100 km, 36 g/km CO₂, En.-Eff. C. Die service-aktivierte Toyota Relax Garantie & Assistance gilt ausschliesslich für Toyota Personenwagen bis zu einem Fahrzeugalter von 15 Jahren oder 250'000 km ab Hersteller-Garantie Start-Datum (es gilt das zuerst Erreichte). Die Relax-Garantielaufzeit ist abhängig vom für das Fahrzeug vorgegebenen Serviceintervall. Detaillierte Informationen finden Sie in den Garantiebestimmungen auf toyota.ch.

TOYOTA RELAX
GARANTIE

BIS ZU
EINEM FAHRZEUGALTER VON

15 JAHREN



Tatort Schweiz: Freie Fahrt für Kriminelle durch EU-Verträge

Durch die masslose (Asyl-)Zuwanderung und offene Grenzen importieren wir immer mehr Kriminalität. Die Schweizer Bevölkerung muss sich endlich wieder sicher fühlen im eigenen Land. Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag erreichen wir das Gegenteil.



Von Roman Bürgi,
Nationalrat,
Goldau (SZ)

Mitten in der Nacht brechen Unbekannte in das Waffengeschäft beim Selgis im Muotathal ein und erbeuten mehrere Schusswaffen. Wenige Wochen später dasselbe Bild in Sitten: Ein Waffengeschäft wird ausgeräumt, die Täter flüchten in einem Auto mit französischen Kennzeichen. Erst eine Grossfahndung mit Drohnen, Hundestaffeln und einem Super Puma der Armee stoppt die Räuber. Festgenommen werden sieben französische Staatsbürger. Sie sind zwischen 16 und 31 Jahre alt. Junge Männer mit Migrationshintergrund, aus den französischen Banlieues stammend, die rein gar nichts zu verlieren haben.

Das sind keine Einzelfälle. Die Polizei hat mittlerweile über 360 «Soldaten» krimineller Banden aus Frankreich identifiziert. Organisierte Netzwerke rekrutieren dort junge Männer – oft Minderjährige –, schicken sie über die offene Grenze in die Schweiz und lassen sie Garagen, Autohäuser, Villen und neuerdings auch Waffengeschäfte plündern. Die Drahtzieher bleiben im Ausland. Das Risiko trägt die Schweiz. Und SP-Bundesrat Jans schläft weiter.

Möglich macht dies Schengen: Die Täter reisen ungehindert ein, schlagen zu und sind Stunden später wieder ausser Landes. **Systematische Grenzkontrollen sind uns verboten, weil Brüssel es so will.** Und wer trotzdem erwischt wird, profitiert als Minderjähriger erst

noch vom milden Jugendstrafrecht. Ausgerechnet jetzt will uns der Bundesrat mit dem EU-Unterwerfungsvertrag noch enger an

Brüssel ketten. Für die Schweiz bedeutet dies: fremdes Recht, fremde Richter, ungebremste Personenfreizügigkeit und noch weniger Spielraum, unsere Grenzen selber zu schützen.

Wer heute nicht einmal Waffendiebe stoppen darf, wird es morgen mit noch weniger Souveränität erst recht nicht können.

«Weil der Bundesrat nichts tut, braucht es die Grenzschutz-Initiative der SVP!»

Die Schweiz braucht das Gegenteil: eigenständige Grenzkontrollen, konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer und ein klares Nein zu diesem Unterwerfungsvertrag. **Sicherheit ist die erste Pflicht des Staates. Ein Land, das seine Grenzen nicht mehr kontrolliert, kontrolliert am Ende gar nichts mehr.**



Offene Schengen-Grenzen machen die Schweiz zum Selbstbedienungsladen für ausländische Banden.

Bevormundung auf dem Teller? Nein, danke!

Die Initianten der Ernährungs-Initiative fordern einen Netto-Selbstversorgungsgrad mit Schweizer Lebensmitteln von 70 Prozent. Mehr einheimische Lebensmittel und eine stärkere Produktion – das klingt auf den ersten Blick sympathisch. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die Initiative in die falsche Richtung führt.



Von Martin Hübscher,
Nationalrat,
Bertschikon (ZH)

Am 27. September 2026 stimmen wir über die Ernährungs-Initiative ab. Der geforderte Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent wäre unter den vorgesehenen Bedingungen nur erreichbar, wenn die landwirtschaftliche Produktion stark in Richtung pflanzlicher Lebensmittel verschoben würde. Tierische Produkte wie **Milch, Käse, Eier oder Fleisch** würden **verknappt, verteuert und deutlich an Bedeutung verlieren**. Das passt nicht zu den natürlichen Voraussetzungen der Schweizer Landwirtschaft.

Die Schweiz ist ein Grasland

Über zwei Drittel unserer landwirtschaftlich genutzten Flächen bestehen aus Grasland. Auf diesen Flächen können weder Kartoffeln noch Gemüse oder Brotgetreide angebaut werden. Gras ist für die menschliche Ernährung nicht direkt nutzbar. Wiederkäuer wie Kühe können Gras verwerten. Daraus entstehen **hochwertige Lebensmittel wie Milch, Käse und Fleisch**.

Diese Kreisläufe gehören seit Generationen zur Schweizer Landwirtschaft. Das ermöglicht, unsere typisch **hügelige Landschaft sinnvoll für die Lebensmittelproduktion zu nutzen** – dort, wo kein Ackerbau möglich ist.

Eine starke einheimische Lebensmittelproduktion ist wichtig. Doch die Ernäh-

rungs-Initiative ist dafür der falsche Weg. Sie führt zu **massiv teureren Lebensmitteln und befeuert den Einkaufstourismus**. Was auf unseren Tellern landet, soll **nicht durch politische Vorgaben bestimmt werden**. Wer sich vegetarisch oder vegan ernähren möchte, darf das selbstverständlich tun – genauso wie jene, die Milchprodukte, Eier oder Fleisch konsumieren möchten.

Die Initiative ist weder praxistauglich noch zielführend.

Darum braucht es am **27. September**

ein klares **NEIN**

Für eine vielfältige Schweizer Landwirtschaft und für die Wahlfreiheit auf unseren Tellern.

**Mehr Vorschriften bedeuten am Ende:
teurere Lebensmittel für alle.**



Kein Vegan-Zwang auf Kosten unseres Gewerbes!

Was nach mehr Ernährungssicherheit klingt, ist in Wahrheit ein massiver Eingriff in unsere Wahlfreiheit. Die Ernährungs-Initiative will Produktion und Konsum politisch lenken. Die Folgen treffen uns alle: Arbeitsplätze geraten unter Druck, Lebensmittel werden teurer und die Konsumenten bevormundet.



Die Schweiz soll sich stärker mit eigenen Lebensmitteln versorgen. Um dieses an sich gut gemeinte Ziel zu erreichen, will die Ernährungs-Initiative unsere Ernährung massiv in Richtung pflanzlicher Lebensmittel lenken. Im Klartext: weniger Fleisch, weniger Milch, weniger Eier – dafür mehr staatliche Vorgaben.

Für mich ist klar: Was ich esse, entscheide ich selbst und nicht der Staat! Ob Cervelat, Käse, Gemüse oder Tofu: Auf den Teller gehört, was jeder und jede selbst möchte. Alles andere ist Vegan-Zwang durch die Hintertür.

Dabei geht es um weit mehr als unsere persönlichen Essgewohnheiten. Hinter

unseren Lebensmitteln steht eine ganze Wertschöpfungskette: Metzgereien, Käsereien, Molkereien, Lebensmittelproduzenten, Gastrobetriebe, Detailhändler, Transporteure und zahlreiche weitere KMU. Sie investieren, bilden Lernende aus und sichern Tausende Arbeitsplätze. Wenn der Staat Produktion und Konsum künstlich umlenkt, geraten genau diese Betriebe unter Druck. Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung drohen verloren zu gehen.

Und bezahlen dürfen am Schluss die Konsumenten. Neue Vorschriften und Einschränkungen verteuern die Produktion und damit die Lebensmittel. Gerade in einer Zeit, in der viele Haushalte bereits mit steigenden Kosten kämpfen, ist das völlig verfehlt.

Die nächste Konsequenz ist absehbar: noch mehr Einkaufstourismus. Wenn Fleisch und andere Lebensmittel in der

Darum am 27. September:
NEIN
zur Ernährungs-Initiative.

Für Arbeitsplätze,
bezahlbare Lebensmittel
und unsere Wahlfreiheit!

Schweiz teurer oder weniger verfügbar werden, kaufen die Menschen eben im Ausland ein. Damit schwächen wir unsere Landwirtschaft und unser Gewerbe, statt die Versorgungssicherheit zu stärken.

Eine sichere Ernährung erreichen wir mit einer starken Schweizer Landwirtschaft, leistungsfähigen KMU und unternehmerischer Freiheit – nicht mit staatlicher Zwängerei auf unseren Tellern.



Die links-extreme Ernährungs-Initiative gefährdet Arbeitsplätze.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

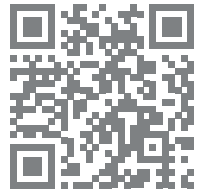
Stimmzettel für die Volksabstimmung
vom 27. September 2026

Wollen Sie die Volksinitiative
«Wahrung der schweizerischen
Neutralität (Neutralitätsinitiative)»
annehmen?

Antwort

JA

**Jetzt
abstimmen!**
**Jede
Stimme zählt!**



www.neutralitaet-ja.ch

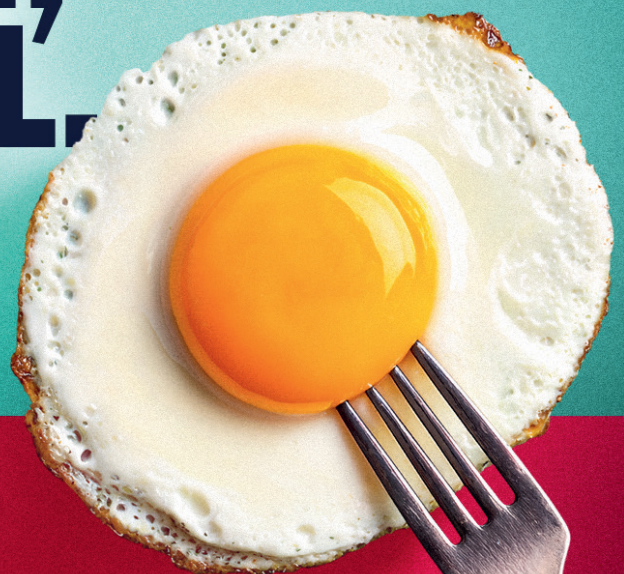
**Kein
KRIEG.**



JA

**zur Schweizer
Neutralität**

**MEIN ESSEN,
MEINE WAHL.**



**NEIN ZUM VEGAN-
ZWANG!**

ernaehrungsinitiative-nein.ch

Klares Bekenntnis zur Schweizer Neutralität

Die SVP-Delegierten sagen einstimmig Ja zur Neutralitäts-Initiative und einstimmig Nein zur Ernährungs-Initiative

Die SVP bekennt sich klar zur immerwährenden und bewaffneten Neutralität. Hauptredner an der Delegiertenversammlung vom 22.8. in Baar (ZG) war **alt Bundesrat Christoph Blocher**. Für ihn ist die Neutralität das wichtigste aussen-

politische Instrument der Schweiz. Blocher warnte die Delegierten: «Eine «flexible» oder «pragmatische» Neutralität ist das Gegenteil von Neutralität. Wer Nein zu dieser Initiative sagt, nimmt den Krieg in Kauf!»



Einstimmig klar: Die SVP-Basis steht geschlossen hinter der Neutralität.

Parolen
für die Volksabstimmung
vom 27. September:

JA

zur Neutralitäts-Initiative

NEIN

zur Ernährungs-Initiative



PEUGEOT
PROFESSIONAL
E-NUTZFAHRZEUGE

GUT FÜRS GESCHÄFT.

WOW-ANGEBOTE VON PEUGEOT.
JETZT BEI IHREM PEUGEOT-PARTNER!

WOW

BIS ZU
8
JAHRE

PEUGEOT
CARE
GARANTIE

JETZT SCANNEN &
PROFITIEREN:



Abgebildete Modelle: E-Boxer Kastenwagen 435 Heavy L3H2 280 PS, E-Expert Kastenwagen Size M Extended Range 136 PS, E-Partner Kastenwagen Standard Heavy 136 PS. CO₂-Emissionen (kombiniert): 0 g/km. Stromverbrauch (WLTP): E-Boxer 29,4 kWh/100 km, E-Expert 26,4 kWh/100 km, E-Partner 21,7 kWh/100 km. Symbolfotos.

SVP erzielt Erfolge im Parlament

Die SVP hat im Parlament wichtige Erfolge für mehr Sicherheit erzielt. Jetzt muss Bundesrat Jans handeln: Schluss mit Ausreden und Verzögerungen – Parlamentsbeschlüsse sind umzusetzen!



Von Thomas Knutti,
Nationalrat,
Weissenburg (BE)

Das Parlament hat in der Sommersession zwei SVP-Motionen gutgeheissen, welche die Schweizer Bevölkerung besser schützen. Bundesrat Jans wurde beauftragt, auch bei EU-Zuwanderern zwingend einen Strafregistrauszug einzufordern. Zudem ist die Liste der sicheren Herkunftsländer im Asylbereich auszuweiten.

Heute ist es so: Die Schweiz verzichtet in vorausseilendem Gehorsam gegenüber der EU auf das systematische Einholen von Strafregistrauszügen bei EU-Bürgern. Die Folge: **Wir sind völlig blind und haben keine Ahnung, wer in unser Land**

kommt. Das Risiko dieser fahrlässigen Praxis trägt die Schweizer Bevölkerung. Dies haben die **Brandkatastrophe von Crans Montana** (Barbesitzer Moretti ist vorbestrafter Franzose) und die «**Mafia im Misox**» gezeigt. Und da heisst es immer, die EU-Verträge machen die Schweiz sicherer. Das Gegenteil ist richtig: **Über die Personenfreizügigkeit und das Asylwesen importieren wir Kriminalität!**

Schlauer Kanton Tessin

Der Kanton Tessin verlangt schon lange einen Strafregistrauszug – auch von EU-Bürgern. Es ist absurd: Die EU-Personenfreizügigkeit sieht solche sicherheitsrelevanten Überprüfungen gar nicht vor! **Dank der SVP hat das Parlament beschlossen, dieses bewährte «Tessiner Modell» schweizweit einzuführen** (Motionen 26.3130 und 26.3229).

Auch bei den sicheren Herkunftstaaten hat das Parlament auf Antrag der SVP

gehandelt. Die Liste wird unter anderem um Ägypten, Algerien, Marokko und Tunesien erweitert. **Es kann nicht sein, dass Schweizer in diesen Ländern Ferien machen, während gleichzeitig Tausende Nordafrikaner in der Schweiz einen Asylantrag stellen dürfen.**

Das sind wichtige Erfolge für die SVP – doch es sind Mosaiksteinchen. **Von einer Asyl-Kehrtwende sind wir nach wie vor weit entfernt!**

Bei seinem Amtsantritt versprach Jans: «Ich bin gewählt, um der Bevölkerung zu dienen.» Davon habe ich bis heute wenig gemerkt. **Statt den Willen des Parlaments umzusetzen, wird verzögert, verschleppt und weggeredet. Deshalb sind die Wahlen 2027 entscheidend: Nur eine starke SVP sorgt für mehr Sicherheit, weniger illegale Migration und eine konsequente Umsetzung des Volks- und Parlamentswillens.**



Jedes Jahr kommen Tausende Asilmigranten aus Nordafrika in die Schweiz und missbrauchen unser Asylsystem. Dank der SVP können sie bald einfacher zurückgeschickt werden.

Vier EU-Referenden: Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Die EU-Turbos in den anderen Parteien wollen den EU-Unterwerfungsvertrag ohne Ständemehr und ohne obligatorisches Referendum durch die Räte boxen. Die SVP muss wohl ab März 2027 vier Mal 50'000 Unterschriften sammeln, damit das Volk überhaupt über diesen Monstervertrag abstimmen kann.



Von Thomas Aeschi,
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident,
Baar (ZG)

In der Öffentlichkeit ist es still geworden um den EU-Unterwerfungsvertrag. Die Medien berichten kaum noch darüber. **Lassen Sie sich nicht täuschen!**

Im Ständerat wird der EU-Unterwerfungsvertrag schon in einem Monat, vom 28. bis 30. September fertig beraten. Der Nationalrat wird voraussichtlich im Dezember beschliessen. Somit ist wahrscheinlich, dass die vollständige parlamentarische Beratung inklusive Differenzbereinigung und Schlussabstimmung am letzten Tag der Frühlingssession, d.h. am 19. März 2027 abgeschlossen sind.

Weil die **EU-Turbos in den anderen Parteien** alles daran setzen, diesen dutzende Verfassungsbestimmun-

gen verletzenden Monstervertrag ohne **Ständemehr und ohne obligatorisches Referendum** durch die Räte zu boxen, muss die SVP ab März 2027 vier Mal 50'000 Unterschriften sammeln: Einmal 50'000 Unterschriften für das Vertragspaket mit der institutionellen Anketzung an die EU, sowie je 50'000 Unterschriften für das Stromabkommen, das Abkommen zur Übernahme der EU-Lebensmittelstandards und das Beitrittsabkommen zum EU4Health-Programm (Gesundheitsabkommen).

Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag verpflichtet sich die Schweiz zur **automatischen Übernahme von EU-Recht und zur Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit**. Stimmt der Stimmbürger Nein zu einem neuen EU-Gesetz, hat die EU neu das Recht, ihn für sein falsches Stimmverhalten zu büssen. Auch müsste die Schweiz die **Unionsbürgerrichtlinie** übernehmen, womit 700'000 Ausländer auf einen Schlag das neue EU-Daueraufenthaltsrecht erhielten. Und dafür soll

die Schweiz auch noch Milliarden Franken an die EU überweisen. Es gibt nur eine einzige Antwort auf dieses **Vertragsmonster**: Ein entschiedenes Nein – im Parlament, an der Urne und durch die Stände!

Damit es aber so weit kommt und das Volk überhaupt abstimmen kann, bitten wir Sie, uns beim Sammeln der benötigten 200'000 Unterschriften für das Referendum zu unterstützen. **Tragen Sie sich noch heute als Unterstützer ein, damit wir Ihnen gleich am ersten Tag des Referendums den Referendumsbogen zustellen können:**

Ich danke Ihnen herzlich.

**Unterstützen Sie uns –
jetzt QR-Code scannen!**



unterwerfungsvertrag.ch/mitmachen-unterschriften

Öffentlicher Informationsanlass zum EU-Vertragspaket



Referat von Magdalena Martullo-Blocher,
Nationalrätin und Unternehmerin
EMS-Chemie AG

Ort: Lorzensaal, Dorfplatz 3, 6330 Cham

Datum: Freitag, 18. September 2026, Türöffnung 19.00 Uhr

Fakten, Folgen und Perspektiven – Programm ab 19.30 Uhr:



Vegane Extrawurst im Knast ist jetzt ein Menschenrecht

Die realitätsfremden Richter in Strassburg haben wieder zugeschlagen. Nach den Klimaseniorinnen stellen sie die Schweiz nun wegen «mangelnder veganer Menu-Optionen in Gefängnissen» an den Pranger. Wohin soll das noch führen?



Von Barbara Steinemann,
Nationalrätin,
Watt-Regensdorf (ZH)

Zwei Brüder wurden wegen Sachbeschädigung bei militanten Aktionen hinter Gitter gestellt; der eine in einem Genfer Gefängnis, der andere in einer Waadtländer Psychiatrie. Als Anhänger des Antispeziesismus sind sie der Überzeugung, dass alle anderen Lebewesen mit dem Menschen gleichwertig sind. Deshalb lehnten sie jegliche tierischen Erzeugnisse im Essen ab und beklagten sich über nicht konsequent vegane Verpflegung in ihren Einrichtungen.

Grund genug für die beiden Knastbrüder, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bemühen. Dieser hat Mitte Juli 2026 prompt entschieden, dass

ethischer Veganismus unter den Schutz der Gewissensfreiheit falle. Beide staatlichen Institutionen hätten zwar Bemühungen für vegane Menus unternommen, aber nicht ausreichend, urteilten die Richter in Strassburg. **Gefängnisse und Kliniken müssten Inhaftierten auf Wunsch eine konsequent vegane Ernährung garantieren.**

Seit 2021 stellt die Schweiz mit SP-Mitglied **Andreas Zünd** einen **Veganer als Richter in Strassburg**. Gemäss Gerichtsreglement hat der Vertreter bei einem Prozess gegen das eigene Land stets im Richtergremium mitzuwirken. Veganer Zünd war also im siebenköpfigen Spruchkörper gegen die Schweiz beteiligt. **Das verstärkt den Eindruck, dass die Urteile nicht nur politisch, sondern auch noch persönlich gefärbt sind.**

Der Vegan-Entscheid ist bei weitem nicht die erste Grenzüberschreitung, die sich der Strassburger Gerichtshof auf

Kosten der Schweiz leistet: **Klimaseniorinnen**, sofortige **Geschlechtsumwandlung für einen 66-Jährigen auf Kosten der Krankenkasse** oder die **zahllosen Schwerekriminellen**, die in der Schweiz Kinder haben und deshalb nicht hätten ausgeschafft werden dürfen, und vieles mehr: Seit einigen Jahren **ziehen politische Aktivisten in Richterroben die hehre Idee des Menschenrechte-Gerichtshofs ins Absurde.**

Die **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte** wurde 1951 unter dem Eindruck der Gräueltaten zweier Weltkriege **als Abwehrrecht gegen übergriffige und willkürlich handelnde Staaten geschaffen**. Aber für die Regeln des Zusammenlebens ist das Parlament als demokratische Institution da, um aus gesellschaftlichen Entwicklungen und moralisch-ethischen Vorstellungen Gesetze zu formen. Diese Aufgabe darf die Demokratie nicht delegieren und sich auch nicht von fremden Richtern aus der Hand nehmen lassen.



Vegane Extrawurst statt Strafvollzug: Strassburg macht Gefängnisse zum Menschenrechts-Restaurant.

Herzliche Gratulation, Piero Marchesi!

Zum ersten Mal zieht ein Vertreter der SVP in den Tessiner Regierungsrat ein.

Mit seiner politischen Erfahrung als Nationalrat und Gemeindepräsident und Unternehmer mit klaren Positionen hat Piero Marchesi beste Voraussetzungen für das neue Amt. Piero Marchesi hat Jahrgang 1981 und wuchs im Malcantone auf. Als Unternehmer und gelernter Elektriker ist er bestens mit den Bedürfnissen des Gewerbes vertraut. Er setzt sich ein für einen Staat mit weniger Bürokratie und mehr messbaren Ergebnissen. Er

ist ein leidenschaftlicher Wanderer und Velofahrer.

Seit 2016 präsidiert Marchesi die SVP des Kantons Tessin. 2019 wurde er in den Nationalrat gewählt, wo er sich für eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung, für mehr Sicherheit und für eine unabhängige Schweiz einsetzte. Der frühere Rallyefahrer ist verheiratet und Vater eines Sohns.



Piero Marchesi, Regierungsrat, Tresa (TI)

Die SVP Schweiz gratuliert und wünscht ihm für seine Tätigkeit im Staatsrat alles Gute und viel Erfolg!

GOAL GLOSSAR



Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt:
Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner?
Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat,
wird erfolgreiche Kampagnen führen können!

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Agenturinhaber
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg



MITSUBISHI OUTLANDER PHEV

MEHR SUV GEHT NICHT.

4x4 ab CHF 39'990.-

Leasing ab CHF 258.-/Monat*



**NOCH
FRAGEN?**



*Outlander PHEV 4x4 Inform 2,4 l Benzin/Automatik, Mixverbrauch 0,8 l/100 km, Stromverbrauch 16 kWh/100 km, CO₂-Ausstoss 60 g/km, Energieeffizienzklasse E, CHF 39'990.- (CHF 49'990.- abzüglich CHF 10'000.- Kundenprämie). Leasingbeispiel: Outlander PHEV 4x4 Inform 2,4 l Benzin/Automatik, Barkaufpreis CHF 39'990.-, Leasingrate CHF 258.-/Monat, Sonderzahlung CHF 10'000.-, Laufzeit 48 Monate, max. 10'000 km/Jahr, effektiver Jahreszins 0.8 %. Obligatorische Vollkaskoversicherung nicht inbegriffen. Die Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Aktion gültig bis 31.12.2026. Alle Bedingungen unter mitsubishi-motors.ch. Abb. Outlander PHEV 4x4 Instyle+ 2,4 l Benzin/Automatik, Mixverbrauch 0,8 l/100 km, Stromverbrauch 19,1 kWh/100 km, CO₂-Ausstoss 60 g/km, Energieeffizienzklasse F, CHF 56'990.- (CHF 61'990.- abzüglich CHF 5'000.- Kundenprämie). Preise inkl. MWST. Unverbindliche Preisempfehlung der MM Automobile Schweiz AG. Änderungen vorbehalten.

NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag



Die Freiheit der Schweiz ist mir wichtig! Ich helfe mit im Kampf gegen den EU-Unterwerfungsvertrag:

- ☐ Ich bin bereit _____ Unterschriften zu sammeln fürs Referendum.
Bitte schicken Sie mir dann sofort die Bogen zu.
- ☐ Ich bin bereit, meinen Balkon, Garten oder Scheune für eine Fahne oder Hohlkammer-Plakate zur Verfügung zu stellen.
- ☐ Ich spende gerne Geld, damit wir diesen Kampf gewinnen können.
- ☐ Ich möchte informiert bleiben.



Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Für eine Schweiz ohne EU-Anbindung, c/o SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern, Telefon: 031 300 58 58

Oder Foto machen und an info@svp.ch oder per WhatsApp an 079 470 12 91 schicken.

www.unterwerfungsvertrag.ch